

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

A 0251/2020 (VWD)

Auftrag fraktionsübergreifend: Public Private Partnership für die kantonale Standortförderung (15.12.2020)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die kantonale Fachstelle Standortförderung als Public Private Partnership zu organisieren und dem Parlament einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorzulegen.

Begründung 15.12.2020: schriftlich.

In einer Public Private Partnership (PPP) arbeiten die öffentliche Hand mit privaten Akteuren als Partner zur Erfüllung von öffentlichen Aufgaben zusammen, indem sie ihre finanziellen und personellen Ressourcen bündeln und sowohl das Risiko als auch die Verantwortung für die Erbringung dieser Aufgabe gemeinsam tragen.

Mit dem neuen Globalbudget «Wirtschaft und Arbeit» (AWA) für die Jahre 2021 bis 2023 soll die Umsetzung der Standortstrategie durch eine Überführung der kantonalen Fachstelle Standortförderung ins Departementssekretariat VWD und durch einen Ausbau der personellen Ressourcen gestärkt werden. Aufgrund der trüben finanziellen Aussichten des Integrierten Aufgaben- und Finanzplans (IAFP) 2021 bis 2024 hat der Kantonsrat das beantragte Globalbudget AWA um 300'000 Franken auf 9'010'300 Franken gekürzt.

Da die Standortförderung gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gefordert ist und die Wirtschaft unterstützen und fördern muss, haben während der Globalbudgetdebatte mehrere Fraktionen gefordert, die Fachstelle Standortförderung mittels einer PPP organisatorisch zu stärken. Durch die Zusammenarbeit mit Privaten sollen insbesondere die vom Kantonsrat geforderten neuen Aufgaben (z.B. Schaffung eines Industrieparks) trotz beschränkter finanzieller und personeller Ressourcen erfüllt werden können.

Die Wirtschaftsförderungen der Kantone Luzern, Obwalden und Schaffhausen operieren schon länger erfolgreich im PPP-Modell. Auch der Kanton Solothurn ist bereits an verschiedenen PPP beteiligt, z.B. mit Switzerland Global Enterprise, Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing, SchweizMobil und Verein Kanton Solothurn Tourismus. Auch mehrere regionale Wirtschaftsförderungen im Kanton Solothurn funktionieren bereits im PPP-Modell.

Ziel des PPP ist, die Aufgaben der Standortförderung gemeinsam besser bewältigen zu können als allein durch die öffentliche Hand. Ein PPP kann bei konkreten Aufgaben, wie beispielsweise der Anlaufstelle für Unternehmen oder der Standortpromotion, oder auch bei ausgewählten Projekten, wie zum Beispiel bei der Schaffung eines Industrieparks, sinnvoll sein, wenn sich die Wirtschaft finanziell sowie mit Know-how daran beteiligt. Hoheitliche Aufgaben, wie die einzelbetriebliche Förderung oder Steuererlasse, müssen weiterhin verwaltungsintern bewältigt werden.

Neben zusätzlichen finanziellen Mitteln sowie dem Einbezug von Fachwissen und Know-how führt ein PPP bei der Wirtschaft zu einer höheren Akzeptanz, da sie sich als Teil davon versteht. Als PPP agiert eine Organisation zudem näher am Markt, da die Privaten Projekte antossen können. Auch die Flexibilität bei Projektumsetzungen ist bei einem PPP-Modell höher. Nachteile sind ein gewisser Kontrollverlust des Kantons und ein leicht höherer Aufwand für die Rapportierung.

Unterschriften: 1. Daniel Probst, 2. Josef Maushart, 3. Richard Aschberger, Philippe Arnet,

Johanna Bartholdi, Hans Büttiker, Karin Büttler-Spielmann, Enzo Cessotto, Markus Dick, Tobias Fischer, Patrick Friker, Walter Gurtner, Peter Hodel, Michael Kummli, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Marco Lupi, Stefan Nünlist, Christian Scheuermeyer, Andreas Schibli, Christoph Scholl, Heiner Studer, Christian Thalmann, Mark Winkler, Hansueli Wyss (25)